

D 10.2 - G Links, grün, feministisch: Die Freiheit von Frauen schützen – Verbot der Vollverschleierung in öffentlichen Gebäuden

Antragsteller*in: Stephan Wiese (Stormarn KV)
Status: Zurückgezogen

Titel

Ändern in:

Freiheit der Frauen nicht durch Verbote schützen, sondern durch interkulturellen Dialog

Änderungsantrag zu D 10NEU

Von Zeile 1 bis 8:

~~Links, grün, feministisch: Die Freiheit von Frauen schützen – Verbot der Vollverschleierung in öffentlichen Gebäuden~~

Freiheit der Frauen nicht durch Verbote schützen, sondern durch den interkulturellen Dialog

~~BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für ein **Verbot der Vollverschleierung** in allen öffentlichen Gebäuden des Bundes, der Länder und der Kommunen, insbesondere in Sozialisationsinstanzen/Bildungseinrichtungen (Hochschulen, Schulen und Kindertagesstätten) ein. Bündnis 90/Die Grünen unterstützen damit liberale Muslimas*e und bekämpfen die patriarchale Unterdrückung von Frauen in Schleswig-Holstein und Deutschland insgesamt.~~

Der Landesparteitag von Bündnis 90-Die Grünen fordert statt eines Verbotes der Vollverschleierung in öffentlichen Einrichtungen des Bundes, der Länder und der Kommunen und Sozialisationseinrichtungen/Bildungseinrichtungen (Schulen, Hochschulen, Kitas) einen interkulturellen und interkonfessionellen Dialog mit den betroffenen Frauen und den Muslimverbänden. In diesem Prozess des gemeinsamen und vertrauensvollen Austausches kann festgestellt werden, ob die Verschleierung eine Unterdrückung der Frau darstellt oder Teil der Religionsausübung ist. Ein administratives Verbot, gerade gefordert durch Bündnis 90-Die Grünen, setzt gerade in einer Zeit zunehmender Islamfeindlichkeit ein verheerendes Signal in die Gesellschaft. Für Grüne Politik muss die Religions- und Gewissensfreiheit immer im Mittelpunkt stehen.

Bündnis 90-Die Grünen stehen für Toleranz und Weltoffenheit.

Begründung

Bündnis 90-Die Grünen sollten nicht in postkolonialistischer Stellvertreterpolitik den Muslimas die Verschleierung verbieten. Eine solche Haltung zeigt, dass die Einschätzung vieler Migrant*innen, dass die Grünen eine "weisse" Partei sind, durchaus zutreffend ist. Nur der Dialog, das Gespräch mit den Betroffenen ist da hilfreich, nicht ein Verbot. Religiöse Symbole, ob christlich, jüdisch oder muslimisch, gehören zu unserer weltoffenen und interkulturellen Gesellschaft.